Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1902

54 (6.3.1902) 2. Blatt

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 55 Pfg, wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Post-Zeitungs-Liste 798.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamen 50 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 54. 2. Blatt. Donnerstag, den 6. März 1902

* Die christliche Demokratie in Italien und der neueste Erlaß des Vatikans.

Zu dieser in letzter Zeit viel besprochenen und viel umstrittenen Frage bringt das Luzerner „Vaterland" einen Artikel, der auf genauer Kenntniß der Sachlage zu beruhen scheint und jedenfalls zum Verständniß der Lage viel beiträgt. Es heißt dort:

Mit dem Erstarken der christlichen Demokratie war derselben aber gleichzeitig eine dreifache erhebliche Gefahr erwachsen.

Schon 1874 war zur Vertheidigung des katholisch-politischen Programms das „Werk der Kongresse" begründet worden, eine Organisation, die wir etwa dem „ständigen Kommissariate der Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands" vergleichen könnten. Weil dieses Werk eine eigene Sektion — die zweite — zur Wahrung der socialen Interessen besaß, so konnte es geschehen, daß die aufstrebende Demokratie als eine Art Konkurrenzorganisation erschien und daß durch Reibungen und Eifersüchteleien die beiden Kontingenten gemeinsamen Interessen geschädigt worden wären.

Sodann war der Name „christliche Demokratie" der Mißdeutung fähig. Durch Leo Harmel und seine Freunde in Frankreich zur Geltung gebracht, hatte diese Bezeichnung für die katholisch-sociale Aktion trotz des heftigen Widerstandes zahlreicher Prälaten und Mitglieder des Hochadels schon seit 1894 sich in Italien große Zugkraft errungen. Um die Begriffe zu klären und seine socialen Aspirationen scharf zu präzisiren, erließ der Papst die Encyklika „Graves de communi" (18. Januar 1901). Darin wird der Name christliche Demokratie gutgeheißen, und zwar in einem genau fixirten Sinne. Der Papst unterscheidet zwischen der politischen und der volkswirthschaftlichen, der ökonomischen Demokratie. Die politische Demokratie ist legitime Regierungsform in Republiken. Dagegen in Monarchien kann das Wort Demokratie als berechtigtes, zulässiges Programm nur einen wirthschaftlichen Sinn haben. Es bezeichnet das nachhaltige Streben, den Angehörigen aller Klassen einen möglichst ausgiebigen Antheil an den Früchten der gemeinsamen Culturarbeit zu verschaffen. In diesem wirthschaftlichen Sinne erklärt der Papst die Demokratie mit jeder Staatsform vereinbar. Er ermuntert die christlichen Demokraten, mit den Mitteln der socialen Reform und der Charitas den ökonomischen Wohlstand der gesellschaftlich Gedrückten, der Arbeiter und Bauern zu fördern.

Begreiflicherweise spornte diese Bestätigung des Programms die christlichen Demokraten zu gesteigerter Thätigkeit an: daher das großartige Bild der Bewegung auf dem Kongreß zu Mailand im Dezember 1901. Das fortschreitende Erstarken der Bewegung zog nun aber auch die Aufmerksamkeit der Regierungsorgane auf sich. Mehrere Leiter der Demokratie begannen mit den Behörden behufs Sicherung ihrer Schöpfungen, zumal der Darlehenskassen und Genossenschaften in Verbindung zu treten. Da und dort traf man auch bereits Anstalten zur Theilnahme an den staatspolitischen Wahlen. Damit war die Gefahr gegeben, daß die christliche Demokratie auf ein Gebiet übergriff, das angesichts der eigenartigen kirchenpolitischen Verhältnisse der Halbinsel gänzlich außer ihrer Sphäre lag. Der Papst konnte und wollte nicht dulden, daß durch ein allmäliges Einschwenken der werkthätigen Katholiken in die Politik der Regierung der Lösung der römischen Frage vorgegriffen werde. Die Frage der päpstlichen Souveränitätsrechte ist eine grundsätzliche Frage; sie muß vorerst eine grundsätzliche Lösung finden, ehe an eine praktische Grenzbereinigung und Friedensschließung zwischen Kirche und Staat geschritten werden kann.

Endlich lag in dem getrennten Marschieren der christlich-demokratischen Aktion neben der ordentlichen Seelsorge die Gefahr, daß da oder dort Konflikte entstehen könnten mit den Bischöfen, die dann ihrerseits die Bewegung für ihre Diöcesen lahmlegen könnten.

Diesen drei Gefahren begegnet nun die Kundgebung des päpstlichen Stuhles in einer sehr zeitgemäßen Weise. Einzelne Bestimmungen derselben erscheinen auf den ersten Blick als etwas weitgehend. Daraus sind die unmuthigen Aeußerungen einzelner katholischer Blätter und die Bestrebungen des demokratischen Ausschusses, die auf Modifikationen dringen, leicht zu erklären. Indessen haben bereits die Großzahl der demokratischen Organisationen, darunter die einflußreichste Gruppe, diejenige von Mailand, ihre Zustimmung zu den päpstlichen Direktiven erklärt. Auch haben Professor Toniolo und Graf Rezzara sich dahin geäußert, sie betrachten den Erlaß als nützlich und dem Fortschritte der Bewegung förderlich. Die Gefahr der Zersplitterung der Kräfte und der Reibung zwischen Demokratie und „Werk der Kongresse" wendet der Erlaß ab durch die Einordnung der demokratischen Organisation in die zweite Sektion des Werkes. Der Leiter dieser Sektion ist Graf Medolago, zugleich ein Vorkämpfer der Demokratie. Die Vereinheitlichung wird die Kampfesarmee kräftigen, dem „Werke" neue Frische geben und seine Aktion über die ganze Halbinsel ausdehnen. Indem der Papst die demokratische Organisation und Presse gänzlich dem Jurisdiktionsbereiche der Kirche unterstellt und alle politischen Anknüpfungen verhindert, sichert er einerseits der Bewegung ihre gänzliche Unabhängigkeit von jeder staatlichen Bevormundung und damit ihre innere Geschlossenheit und wahrt er sich selber andererseits die Aktionsfreiheit für die Lösung der römischen Frage.

Die Unterordnung der Bewegung endlich unter die Diöcesan- und Pfarrgewalt mindert zwar die schrankenlose Freiheit des socialen Vereinslebens, aber sie kompensirt das kleine Opfer durch einen gewaltigen Vortheil. Indem der Papst die Bischöfe und Pfarrer beauftragt, die Bewegung auf ihren Gebieten zu leiten, macht er es ihnen absolut unmöglich, dieselbe zu ignoriren oder sie gar zu bekämpfen. In manche Diöcese und in viele Pfarreien, wo bisher in socialen Dingen noch Todesstille herrschte, werden die Vorposten der christlichen Demokratie eindringen und gestützt auf die päpstliche Weisung den kirchlichen Amtsträger nöthigen, das Banner der Socialreform zu erheben und mitzumarschieren.

Weit entfernt, die christliche Demokratie zu unterdrücken, hat der Papst somit durch den neuesten Erlaß wieder den glänzenden Beweis geleistet, daß er an socialer Weisheit und grundsätzlicher Konsequenz allen seinen Gegnern weit voraus ist. Liberale und socialistische Zionstrompeter werden sehen, daß sie zu früh gejubelt haben und daß der alte Windthorst recht behält mit seinem Worte: „Der Papst regirt die Welt; die liberalen Wortführer mögen dagegen protestiren so stark sie wollen — er regirt sie doch."

N. Neue glänzende Zeugnisse für die katholischen Missionen.

II

Auch was die Landeskultur betrifft, so sind darin die Missionäre die eigentlichen Pioniere. So gesteht Hesse-Wartegg (Seite 143), daß die einzigen Weißen, welche Reisen in's Innere von Neupommern unternommen haben, katholische Missionäre waren, wie denn auch die wenigen in's Innere führenden Wege von den Missionen, d. h. von den Patres und ihren Zöglingen angelegt worden sind. Pflanzungen legen die Missionen vorweg für den eigenen Bedarf an. Sie sind die ältesten und am sorgfältigsten gepflegten Plantagen. Da die meisten Missionsstationen an der Küste gelegen sind, so wird der Verkehr unter den einzelnen am besten zu Wasser unterhalten, zu welchem Zwecke die Mission sogar einen kleinen Dampfer zur Verfügung hat. Wahrhaft rührend und erhebend ist die Schilderung des Besuches, welchen Hesse-Wartegg auf diesem Schiffe auf Malaguna an der Blanchebai bei P. Fromm und seiner in der Nähe ebenfalls im Missionsdienst thätigen Schwester gemacht hat. Hier, wie bei P. Bley auf der Gazellenhalbinsel, und wie an allen katholischen Missionsstationen, konnte der erfahrene Weltreisende aus eigener Anschauung erkennen, daß die Missionare große Werke thun und daß sie nicht um irdischen Lohnes willen verrichtet werden.

Dabei haben die Missionäre vielfach mit allen erdenklichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Bequemlichkeit und Komfort kennen sie nicht. Sie sind in Allem, was Essen, Trinken und Kleidung betrifft, auf das Nothwendigste angewiesen. Kirchen, Missions- und Wohnhäuser werden von ihnen selbst erbaut; gewiß keine Kleinigkeit bei den geringen zu Gebote stehenden Mitteln und den wenigen Arbeitskräften! Auf ihren Pflanzungen bauen sie das zum Leben für sie und die Missionszöglinge Nothwendige. Das Meiste liefert die in dem Inselgebiet der ganzen Südsee verbreitete Kokospalme. Die größten Schwierigkeiten werden ihnen von den bisweilen recht feindlich gesinnten wilden Stämmen bereitet. Da gibt es Aberglauben, Zauberei, Unsittlichkeit jeglicher Art, und verwilderter noch als die Pflanzen des Urwaldes sehen die Sitten der Eingeborenen aus. Da gibt es sehr viel auszurotten, und kein Wunder, daß es auch Hindernisse und Schwierigkeiten gibt. Da sollte freilich die Regierung die Missionäre unterstützen, nicht ihrer Thätigkeit entgegenarbeiten. Allgemein ist der Frauenkauf üblich. Ein Eingeborener hatte dem andern seine Frau entführt. Der angerufene Richter entschied, daß der Entführer die Frau behalten dürfe, aber dem rechtmäßigen Ehemanne den s. Zt. bezahlten Preis dafür ersetzen müsse! Das sind doch nette Zustände! Eine „Civilehe" in der Südsee! Da sollte man der Lehre der Missionare doch auch von Regierungsseite mehr Respekt verschaffen.

Aehnlich wie auf Neuguinea und auf dem Bismarckarchipel wirken die katholischen Missionare für Christenthum, Kultur und für deutsche Gesittung auf Samoa der Perle der Südsee. Der Leiter der Mission, Bischof Broyer, ist wie die meisten Missionäre dort, Franzose, dessenungeachtet aber hat er als Freund und Rathgeber des Königs Mataafa seinen ganzen Einfluß bei diesem zu Gunsten Deutschlands geltend gemacht. Alle Samoaner sind Christen, entweder katholische oder Wesleyanische. Während aber die wesleyanischen Missionäre den Deutschen von Anfang an unfreundlich gegenüberstanden und eine englische oder amerikanische Occupation lieber gesehen hätten, woraus sie auch kaum keinen Hehl machten, war es Bischof Broyer, welcher als erster der neu eingesetzten deutschen Regierung mit Rath und That sich zur Verfügung stellte, sofort in den Missionsschulen deutsch lehren ließ und die Herbeiziehung deutscher Missionäre veranlaßte. Nach dem Urtheil aller unparteiischen Leute in Samoa, so schreibt Hesse-Wartegg wörtlich, ist es großentheils dem Bischof Broyer zuzuschreiben, daß die mit der Einführung der deutschen Herrschaft verbundenen Umwälzungen so glatt und ohne Störung abgelaufen sind, und Samoa sich seither politischer Ruhe erfreute, die es vor der deutschen Besitzergreifung so viele Jahre entbehren mußte.

Die Samoaner sind zum Unterschied von den übrigen Südseebewohnern ein körperlich und geistig prächtig veranlagter Menschenschlag, und es kann uns nicht wundern, wenn das Christenthum da verhältnißmäßig leicht Eingang gefunden hat. Wenn man aber glaubt, es sei lediglich die Pracht des katholischen Gottesdienstes, welche auf die Samoaner wirkt, so wird uns das Zeugniß unseres Gewährsmannes doch eines anderen belehren. Er war bei Pater Biton in Lotofanga zu Besuch. „Die Einfachheit, mit welcher dieser Missionar hier lebt, ist geradezu beschämend und kann auch auf die Samoaner, die an die schönen behaglich eingerichteten Häuser der Herren von der Londonmission gewöhnt sind, ihren Eindruck nicht verfehlen. Zuweilen liest man, daß die katholische Kirche in Samoa durch ihr malerisches Ceremoniell allein schon bei den prachtliebenden Samoanern mehr Aussicht auf Erfolg hätte als die protestantische. Die Herren von der Londonmission entfalten aber in ihren Wohnungen und Wohlleben viel mehr davon als die armen Maristen-Missionare in ihren einfachen Gotteshäusern der Südküste bei den hohen Kirchenfesten des Jahres."

Das Bild, das unser Gewährsmann über das Leben des Paters Biton an der Südküste und über jenes des ältesten Missionars auf Samoa, des Vaters von Falifa (an der Nordküste) entwirft, ist ergreifend, großartig und beschämend für Alle die — aus Unkenntniß oder Voreingenommenheit — die katholische Missionsthätigkeit zu verlästern wagen.

Der Vater von Falifa, jetzt ein ehrwürdiger Greis mit langem weißem Barte kam als junger Priester dahin und hat seitdem sein ganzes Leben im Dienste der Eingeborenenbevölkerung zugebracht, die Bewohner hat er zu Kultur und Wohlstand erzogen, fast alle seine Pfarrkinder sind von ihm selbst getauft. Seine Kirche ist im besten Stande, so daß sogar der ehemalige englische Konsul in Samoa seine Anerkennung nicht versagen konnte. „Ueber das dunkelgrüne Laub der Bäume ragt der blendend weiße Thurm der katholischen Kirche hervor. Sie ist ein wirklich schöner Bau, aus behauenen Korallenblöcken von den Riffen, die unten die Bucht umgeben, aufgeführt, und besitzt sogar Fenster mit Glasmalereien (Glasfenster gibt es in Samoa sonst überhaupt nicht). Ein Blick in das Innere zeigte mir die gebräuchliche Einrichtung der katholischen Kirchen mit dem Unterschiede, daß an Stelle der Stühle und Bänke geflochtene Matten den Boden bedeckten. In Europa kann man täglich weniger schöne Kirchen sehen, und dabei ist diese Kirche von Falifa nicht das Werk professioneller Handwerker, denn wo gäbe es solche in Samoa, sondern sie wurde von dem guten Pater mit Hilfe seiner Herde allein aufgebaut."

Und so wie in Samoa und auf dem großen Inselgebiete der Südsee, so wirken die wackeren Missionäre in allen Welttheilen — nur die Wirksamkeit in ihrem eigenen Vaterlande hat man ihnen vielfach verboten! Welches Unrecht!

Zum Schlusse noch einige Notizen über die Ausdehnung der Missionsgebiete der katholischen Kirche. Zu den Missionsgebieten rechnet man solche, welche nicht von altersher eine geordnete Seelsorge (Pfarreien 2c.) haben oder solche (durch Spaltungen 2c.) verloren haben und der Congregation de Propaganda Fide (deren Präfekt ein Kardinal, auch „rother Papst" heißt) unterworfen sind. Die Gesammtzahl der Katholiken, die dieser Jurisdiktion unterstehen, beträgt an 30 Millionen und vertheilt sich auf alle fünf Welttheile. In Europa sind die vorwiegend protestantischen nördlichen Länder (England, Skandinavien, Theile von Norddeutschland) Missionsgebiete, von Asien, Afrika und Nordamerika die größten Theile (in Nordamerika: die Vereinigten Staaten und Canada). Australien und das australische Inselreich gehören ganz zum Missionsgebiete.

Zur Tagesgeschichte.

Karlsruhe, 4. März.

Socialdemokratie und Arbeiterschaft.

In der „Socialen Praxis" veröffentlicht Dr. Richard Freund einen längeren Aufsatz über Socialdemokratie und Arbeiterschaft, der manches Beachtenswerthe enthält:

Hunderttausende von Arbeitern wählen socialdemokratisch, nicht weil sie die politischen Ziele dieser Partei zu den ihrigen machen, sondern weil die socialdemokratische Partei die höchsten Forderungen für die Arbeiter stellt, Forderungen, deren Unerfüllbarkeit vielfach von vornherein feststeht. Werden aber wirklich dadurch die Interessen der Arbeiter gewahrt? Nein, ganz im Gegentheil! Gerade diese utopistische, radikale Arbeiterpolitik schädigt auf's Schwerste die gesunde Arbeiterbewegung. Die übertriebenen socialdemokratischen Forderungen verfolgen vielfach nur den Zweck, den Arbeitern die Ohnmacht von Staat und Gesellschaft zu zeigen oder ihnen den Widerstand der herrschenden Klassen gegen die verlangten Reformen vor Augen zu führen; andererseits schrecken sie aber die Anhänger einer besonnenen arbeiterfreundlichen

K. Berliner Kunstbrief.

(Nachdruck verboten.)

(Björnsons „Maria von Schottland". — Secession in der Secession. — Neue Zeitschriften für Kunst und Dichtung. — Nochmals der Kaiser und das Kunstverständniß der Massen. — „So ist das Leben" von Franz Wedekind-München.)

Wenn wir überhaupt noch historischen Sinn finden könnten, soweit das Publikum der Berliner Schauspielhäuser in Betracht kommt, so hätte es bei der Aufführung von Björnstjerne Björnsons „Darnley", dem ersten Theile des dramatischen Cyklus „Maria von Schottland" im „Berliner Theater" zu einem Skandal kommen müssen. Aber dieser historische Sinn ist eben nicht vorhanden, dieses Theaterpublikum läßt sich die schwierigsten Sachen bieten, ohne mit der Wimper zu zucken. Björnson ist nämlich neuerdings Hauspoet und Hauptlieferant für das „Berliner Theater". Das ist jetzt so Mode in Berlin. Im „Deutschen Theater" streiten sich Hauptmann und Sudermann um die höchsten Kassenrapporte, im „Berliner Theater" ist seit dem Erfolge von „Ueber unsere Kraft" Björnson der Mann, der Alles macht. Zwar ist er inzwischen schon wieder einmal mit „Laboremus" durchgefallen; aber ein Name bleibt immer ein Name und Börnson hat einen Namen — das ist die Hauptsache. Man hat diesem Namen aber keinen Dienst erwiesen, als man die Maria Stuart-Tragödie, eine blutige Schülerarbeit von vor 40 Jahren, wieder ausgegraben hat. Die ganze tendenziöse Bornirtheit, mit welcher der Norweger katholische Dinge beurtheilt, kommt in Björnsons „Maria" zum Ausdruck. Es ist inzwischen eine ganze Literatur über die wahre, historische Maria Stuart entstanden, eine Literatur, zu welcher auch Protestanten in objektiver Weise beigesteuert haben. Schiller hat aus rein menschlicher Rücksicht seine „Maria Stuart" einestheils idealisirt, anderntheils fußte auch er noch auf den englischen Geschichtsfälschungen. Was uns Björnson bietet, ist aber noch viel weniger die historische Maria, als die Schiller'sche. Sie wird ganz in der üblichen Weise als eine Schmetterlingsnatur geschildert, die es mit ehelicher Treue und weiblicher Ehre nicht genau nahm. Wie Björnson das Verhältniß Marias zu Darnley, Riccio und Bothwell auffaßt und darstellt, das beweist, daß er entweder von den Ergebnissen der historischen Forschung keine Ahnung hat, oder, was schlimmer ist, daß er wider bessere Ueberzeugung seiner Phantasie freien Lauf gelassen hat. Daß Maria den Darnley habe ermorden lassen, um Bothwell zu heirathen — dieser Geschichtslüge sollte man doch im zwanzigsten Jahrhundert nicht mehr begegnen. Es ist eine Henkersarbeit, unwürdig eines Dichters, wenn man einer vom Schicksal im Leben so schwer geprüften und dann nach ihrem Tode von gewissenlosen Feinden so schmählich verleumdeten Frau noch nachträglich die Ehre abschneiden hilft. Wenn Björnson das vor 40 Jahren nicht wußte, so entschuldigt dies nicht die Leitung des „Berliner Theaters", welche nach so langer Zeit eine unreife, tendenziöse Arbeit aus der Jugendzeit Björnsons ausgraben zu müssen glaubte. — In der Berliner Secession ist eine neue Secession zu Tage getreten. An und für sich ist dies nichts Auffallendes; auch in Paris und München hat die anfängliche Spaltung in zwei Lager noch weitere Absplitterungen zur Folge gehabt. Kürzlich sind nun aus der Berliner Secession mit einem Schlage sechzehn Künstler ausgeschieden. Es sind Angehörige des Künstler-Westklubs, die sich von der Secession wieder getrennt haben. Der Austritt ist nicht plötzlich erfolgt; schon allmählich, im Laufe der Jahre haben Künstler wie Dettmann, Meyn, Normann und andere der Secession den Rücken gekehrt. Nach den Zeitungsnachrichten stehen aber dieser Zahl weit mehr neuhinzugetretene Mitglieder gegenüber. Der Vorstand behauptet, die Secession könnte weit stärker sein, wenn sie wollte; aber sie lege eben einen sehr strengen Maßstab an die künstlerische Leistungsfähigkeit der Mitglieder. Nicht so ruhig dürfte der Vorstand das Ausscheiden von Franz Skarbina beurtheilen, der stets eine Hauptstütze der Secession war, welche noch immer 148 hervorragende deutsche und auswärtige Künstler umfaßt; neuerdings ist auch Prof. Otto Eckmann, ein Meister moderner dekorativer Kunst, zum Mitgliede der Secession gewählt worden. — Eine neue Zeitschrift für lyrische Poesie — sollt' das nothwendig gewesen sein? Diese Frage legt man sich unwillkürlich vor, wenn man den Markt noch immer mit werthlosem lyrischem Ballast überschwemmt sieht. „Der Spielmann" heißt die neue Zeitschrift; sie erscheint bei Fischer und Franke in Berlin und wird von Dr. Ernst Wachler redigirt. Das Ziel des Unternehmens: eine vornehme Monatsschrift zu schaffen, scheint mit dem ersten Heftchen, wenigstens was die Namen der Mitarbeiter angeht, ziemlich erreicht zu sein. „Spielmannslieder" von Fritz Lienhart eröffnen den Reigen; Max Geißler, Christian Morgenstern, Gustav Falke, Laurenz Kiesgen, Richard Zoozmann, Franz Lechleitner, Astrinius, Martin Greif, Carl Busse, Hans Bethge, Gustav Klitscher — eine stattliche Versammlung. Möge das neue Unternehmen wirklich vornehm bleiben, sich von Auswüchsen nach Art der „Insel" und der Ueberbrettl-Poesie freihalten: dann dürfen auch wir es begrüßen, wiewohl wir nicht ohne Grund bei Erscheinungen der modernen Literatur die größte Vorsicht in der Beurtheilung walten lassen. — In einem Buche: „Kaiser Wilhelm II. Die Kunst und das Kunstverständniß der Massen" kommt ein Pseudonymus auf die Bestrebungen des Kaisers, die Kunst zum Volkserziehungsmittel zu benützen, zurück. Er hält das Bestreben für völlig aussichtslos; „des Kaisers Willen und Wunsch, die Volksmassen zur Kunst zu erziehen, ist ein Schlag in die brandenden Wellen des Meeres, ein Tropfen Wassers auf den glühenden Stein, eine Sisyphusarbeit — sonst nichts!" So pessimistisch darf nun doch wohl das Streben des Kaisers nicht beurtheilt werden. Wer Augen hat, zu sehen, der muß schon jetzt merken, daß man doch bei Vielen Interesse und Verständniß für Kunstsachen findet, wo man es nicht vorausgesetzt hätte. Eine längere friedliche und volkswirthschaftlich gedeihliche Entwickelung wird und muß auch dem Kunstverständniß der „Massen" zu gute kommen. — „So ist das Leben", eine höchst pessimistische Tragicomödie von Frank Wedekind, hat in München einen echten Theaterskandal hervorgerufen. Das Stück behandelt die Geschichte eines entfernten Königs von Umbrien in dem mit Recht so beliebten Renaissancestiel; der König wird Schweinehirt, Schneider, Gaukler und endlich Hofnarr. Als er stirbt, gibt er sich als den rechtmäßigen König zu erkennen, aber Niemand glaubt ihm: „so ist das Leben". Diese fadendünne Geschichte ist höchst langweilig ausgesponnen. Die Skandalmacher waren in ihrem Recht. Aber die Clique bezeichnet den Skandal als einen Erfolg. Geschmackssache!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Socialpolitik zurück und liefern den Gegnern dieser Socialpolitik willkommene Waffen zur Bekämpfung und Niederhaltung jeglicher Reformen. Die Social demokratie diskutirt die Arbeiterbewegung. Die Arbeiter werden dies allmählig begreifen, sie werden begreifen, daß die Verquickung ihrer berechtigten Bestrebungen zur Hebung ihrer wirthschaftlichen Lage mit unfruchtbaren utopistischen Parteibestrebungen sie von der Erreichung ihres Zieles weit abtreibt. Die Arbeiter müssen aber auch begreifen, daß die Verfolgung ihrer Interessen nicht identisch sein kann mit dem rücksichtslosen Kampf gegen die Arbeitgeber und deren Interessen. Es ist widersinnig und selbstmörderisch, Forderungen aufzustellen, welche unerfüllbar sind, welche den Arbeitgeber an der Fortführung und Weiterentwickelung seines Betriebes auf das empfindlichste zu schädigen geeignet sind: Die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind hier identisch.

Das ist wohl richtig und wird in guten Stunden auch von manchen Genossen eingesehen. Immerhin ist zuzugeben, daß erst das Anschwellen der Social demokratie manche Leute an ihre Pflicht erinnerte, für die Arbeiter zu sorgen.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag herrschte am Montag beim Beginne der Sitzung eine Stimmung, als ständen große Dinge bevor. Reichskanzler Graf Bülow erschien mit ernster Miene noch vor der Eröffnung der Sitzung auf seinem Platze. Ebenso erschienen Kriegsminister v. Goßler und Contreadmiral Büchsel, der den Staatssekretär v. Tirpitz im Parlamente und auch als Leiter des Reichsmarineamtes zu vertreten hat. Auch die Tribünen waren stark besucht; aber wer gekommen war, um sensationelle Dinge zu erleben, sah sich getäuscht. Es ging Alles glatt und schnell von statten, und der Etat für Ostasien wurde so angenommen, wie die Budgetkommission ihn gestaltet hat. Diese hat nämlich etwa 6½ Millionen davon abgestrichen. Von den Parteien sprachen die Abgeordneten Frhr. v. Hertling (Centrum), Eugen Richter (freis. Volksp.), Dr. Hasse (natl.) und Freese (freis. Ver.). Alle stimmten darin überein, daß man unnöthige Heeresausgaben in Ostasien durchaus vermeiden müsse, und unterschieden sich von einander nur durch die verschiedenartige Behandlung einzelner Punkte.

Reichskanzler Graf v. Bülow entwickelte seine Ansichten über Ostasien unter wiederholtem Beifalle: namentlich hob er hervor, daß er kein Freund einer solchen Weltpolitik sei, die „Hans in allen Gassen" sein wolle, daß Deutschland nur soviel Weltpolitik treiben müsse, wie nothwendig sei, um deutschen Gewerbefleiß auch in seiner Entwickelung zu schützen. Der Vertrag zwischen England und Japan berührt uns nicht. Er will den gegenwärtigen Zustand in Ostasien und die Handelspolitik der offenen Thür erhalten, und das wollen auch wir. Aber es würde nach des Grafen Bülow's Ausführungen ein „grober Fehler" gewesen sein, wenn wir unsere Truppen gar zu schnell aus Ostasien zurückgezogen hätten; denn Andere hätten sich dann auf unsere Kosten den Tisch decken lassen. Uebrigens ist die Zurückziehung der fremden Truppen jetzt bereits ein Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Mächten, ebenso wie die Auflösung der internationalen Kommission.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes gab Staatssekretär Frhr. v. Richthofen Aufschluß über das deutsche Konsulatswesen und theilte mit, daß England den aus Transvaal ausgewiesenen Deutschen die volle Entschädigung ohne Abzug zahlen werde. Zum Schlusse übte sich noch „Genosse" Gradnauer in allerhand hämischen Glossen über die Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika und darüber, daß Deutschland sich nicht in den südafrikanischen Krieg einmischte, wurde aber von dem Reichskanzler Grafen Bülow unter wiederholtem Beifall des Hauses sehr nachdrücklich und erfolgreich zurückgewiesen. Herr Ledebur versuchte eine Mohrenwäsche an einem „Genossen" — natürlich vergebens.

Die Ansiedelungsarbeit in Westpreußen und Posen.

Dem preußischen Abgeordnetenhause ist die Denkschrift zugegangen, die Bericht erstattet über die Beförderung deutscher Ansidelungen in den preußischen Provinzen mit polnischer Bevölkerung, also in Westpreußen und Posen, für das Jahr 1901. In der Uebersicht, die der Denkschrift beigegeben ist, findet man, daß bisher im Ganzen genommen 4695 Ansiedeler herangezogen sind, darunter 4439 Protestanten und 256 Katholiken. In allerneuester Zeit sind Katholiken fast gar nicht mehr angesiedelt worden; die allermeisten katholischen Ansiedler unter den Wenigen, die vorhanden sind, stammen aus den Jahrgängen bis 1897 und 1898. Nachher haben sich nur noch etwa vierzig Katholiken angesiedelt.

Nächstdem ist es am interessantesten, zu erfahren, aus welchen Bezirken die Ansiedler stammen. Die Provinz Posen steht damit obenan mit 915 Ansiedlern, dann folgen Westpreußen mit 807, Westfalen mit 616, Brandenburg mit 395, Sachsen mit 303, Pommern mit 241, Schlesien mit 201 und so fort. 301 Ansiedler sind Deutsche, die aus dem Auslande zurückgewandert sind nach der deutschen Heimath; 383 stammen aus den übrigen deutschen Bundesstaaten.

Im Jahre 1901 sind der Ansiedelungskommission mehr Güter zum Ankauf angeboten worden, als jemals vorher, nämlich nicht weniger als 301 Güter und 102 bäuerliche Grundstücke im Umfange von 153 329 Hektaren. Davon befanden sich in polnischen Händen 82 Güter und 102 bäuerliche Grundstücke mit einem Umfange von 52 056 Hektaren. Es sind als geeignet zum Ankauf erachtet worden 15 Rittergüter, 16 größere andere Güter und acht einzelne Bauerngrundstücke. Dieses sehr starke Angebot erklärt sich sehr leicht aus der schweren Nothlage, in der die östlichen Landwirthe sich befanden und zum Theil noch befinden in Folge der Frostschäden des Winters von 1900 auf 1901 und der Dürre des darauffolgenden Sommers.

Dem Zahlenverhältnisse der katholischen zu den protestantischen Ansiedlern entspricht die Konfession der erbauten Kirchen: es wurden 20 protestantische Kirchen erbaut und eine katholische! Man begreift nicht, warum denn angesichts dieser Ziffern die Vertreter der Regierungen noch immer im Parlamente leugnen, daß das Ansiedelungswerk vor allen Dingen eine Protestantisirung dieser preußischen Landestheile bezweckt. Solche Zahlen lassen sich doch durch nichts widerlegen!

Der „Schw. Merkur" meinte jüngst, wenn es dem Centrum ernst wäre mit seiner deutschnationalen Gesinnung, dann solle es doch nichts einwenden gegen die Ansiedelung von Protestanten in jenen polnischen Gebietstheilen. Würden deutsche Katholiken angesiedelt, so sei die Gefahr vorhanden, daß diese polnisch heirathen und ihre Kinder polnisch werden. Demnach wäre Zweck der Ansiedelung von Protestanten nicht Versöhnung nationaler Gegensätze, sondern vollständige Verdrängung des polnischen Elements. Nun ist das einmal nur ein Experiment von sehr zweifelhafter Wirksamkeit das nicht nach jedermanns Geschmack ist, und dann verlange man doch nicht von uns Katholiken diese Selbstlosigkeit bis zur Bewußtlosigkeit, daß wir dazu beihelfen unsere Zahl im deutschen Reich geradhin zu mindern. Das wäre nicht mehr Selbstlosigkeit sondern Dummheit!

Ausland.

Wien, 2. März. Die österreichischen Studenten sind auch dem Schriftsteller Rosegger ein Greuel. Im New-Yorker Journal vom 19. Januar schreibt er: So um die achtziger Jahre ging's an. In den „besseren" Kreisen begann sich eine Rohheit zu regen, mit der verglichen die bäuerliche Lümmelhaftigkeit noch reiner Salonton war. Die „stinkenden Böhm", die „Saujuden" und die „verfluchten Pfaffen" purzelten nur so von den noch flaumlosen Lippen akademischer Bürger, selbst an öffentlichen Orten. Die Anrempelungen harmloser Spaziergänger wurden eine alltägliche Geistesübung. Zu jener Zeit begegnete ich eines Nachmittags am Grazer Lugeck mehreren Studenten. Darunter fiel mir eine besonders stattliche Erscheinung auf. Anfangs hatte sie nichts Gewaltthätiges, als daß sie meinen Blick „gefangen nahm", plötzlich aber blieb sie stehen, starrte mich an und sprang mit zwei großen Schritten gegen mich: „Herr, was fixiren Sie mich so infam?" „Ich — Sie? Allerdings, ich habe Sie angesehen und mir gedacht: Schau, der ist wenigstens um einen Kopf größer als ich. Wenn's nicht wahr ist, so bitte ich tausendmal um Verzeihung!" Als ihn seine Kollegen mit sich fortzogen, versichernd, daß Genugthuung geleistet worden sei, legte er noch einen Blick der Verachtung auf mich nieder und ging die Zeile hinab. Dieser Fall gehört noch zu den gemüthlichsten. Vor einiger Zeit sind in Graz bei helllichtem Tage auf offener Straße Studenten überfallen worden, die ruhig ihres Weges gingen. Die Angreifer waren mehrere hundert, die Angegriffenen — sechs oder acht wehrlose Bürschchen (Mitglieder der katholischen Studentenverbindung Carolina). Es wurden ihnen die niedrigsten Schimpfnamen in's Gesicht geschleudert, es wurden ihnen die farbigen Bänder von der Brust, die Kappen vom Kopf gerissen, sie wurden geschlagen mit Fäusten, Stöcken und Hundspeitschen! Und warum? Weil die sechs Bürschchen einer Verbindung angehörten, die bei den übrigen Studenten in Verruf war, einer Verbindung von klerikal Gesinnten und Theologen, die als Studenten die üblichen Waffen trugen, ohne aber Duelle einzugehen. Noch nicht lange ist's her, da sah ich in der Grazer Herrengasse jemanden, der auch zur gebildeten Jugend gehören will, einen vorübergehenden Geistlichen anrempeln mit den ganz vernehmlich gesprochenen Worten: „Pfaff verfluchter!" Der „Pfaff" blieb einen Augenblick stehen, blickte dem jungen Helden nach, schüttelte den Kopf und ging wieder seines Weges. Einen mißliebigen Offizier etwa anzurempeln, das läßt man weislich bleiben, aber der Pfaff thut ja nichts. Eine besondere Ursache der Verrohung findet Rosegger nicht mit Unrecht im österreichischen Parlament.

Sofia, 3. März. Die „Agence Bulgare" meldet: Die Wahlen vollzogen sich gestern in vollständiger Ruhe und ohne Zwischenfall. Nach den bereits vorliegenden endgiltigen Ergebnissen des gestrigen Wahltages sind gewählt: 97 Anhänger der Regierung, 33 Mitglieder der Nationalpartei, Stoilowisten, 8 Stambulowisten, 10 Karavelowisten, 7 Demokraten, 10 Agrarier, 9 liberale Radoslavisten und 8 Socialisten. Bei sechs Gewählten ist die Parteizugehörigkeit unbestimmt, oder sie gehören keiner Partei an. Unter den Gewählten befinden sich die Führer aller Parteien mit Ausnahme von Radoslawow, General Petrow und Iwantschow. In Sofia selbst drang die Liste der Regierungspartei durch.

New-York, 3. März. Prinz Heinrich (unterwegs nach Chicago, wo er Abends halb 7 Uhr eintrifft), fand heute früh eine sehr geräuschvolle Begrüßung in St. Louis, da alle Dampfpfeifen der industriellen Etablissements und der Lokomotiven fünf Minuten lang ertönten, als der Zug auf der Station einlief. Dort waren zehntausend Menschen versammelt, welche den Prinzen mit donnerden Hochs begrüßten. Der Mayor Wells hielt eine Begrüßungsansprache, worauf dem Prinzen eine Adresse seitens der deutschen Kriegsveteranen überreicht wurde. Dann folgte eine Fahrt durch die Stadt zum Lunch im St. Louis Club. Bei der Frühstückstafel brachte Bürgermeister Wells das Hoch auf den Präsidenten Roosevelt und den deutschen Kaiser aus. Prinz Heinrich erwiderte: „Herr Bürgermeister und Vertreter von St. Louis! Ich wünsche für Ihre freundlichen Worte des Willkommens meinen Dank auszusprechen. Ich habe jetzt den westlichen Punkt auf meiner Reise erreicht. Leider kann ich nicht mehr von Ihrem großartigen Lande sehen, doch Sie wissen, meine Zeit ist beschränkt. Seit meiner Ankunft in Amerika bin ich Tag und Nacht durch dieses wunderbare Land gereist. Ich versichere Sie, ich bin tief gerührt von der Gastfreundschaft und Freundlichkeit, die ich überall erfahren habe. Viele kamen mitten in der Nacht zum Zuge, mich zu bewillkommnen. Sie wissen, wessen Vertreter ich bin. Ich möchte, daß Sie als Zweck meiner Mission den verstehen, die Bande der Freundschaft zwischen beiden Ländern zu festigen. Sie sollen wissen, daß Deutschland stets bereit ist, über den Atlantischen Ocean hinweg Grüße zu wechseln und die Hände zu schütteln, wenn immer Sie dazu bereit sind. Ich bin auch der Vertreter der Nation, die stets kampfbereit ist, der Nation in Waffen, aber nicht einer kriegslustigen Nation. Mein Souverän ist stets der Anwalt des Friedens und will den Frieden halten mit den Nationen. Die Ausdehnung Ihres Landes und die Größe des Handels sowie seine Hilfsquellen machten einen tiefen Eindruck auf mich und der Eindruck dieser Großartigkeit wuchs vor mir an jedem Tage der Reise. Ich finde, daß die Vereinigten Staaten es werth sind, sie als Freund zu haben. Trinken wir nun auf das Wohl und Gedeihen von St. Louis!" Nach Beendigung des Frühstücks fuhr Prinz Heinrich um zehn Uhr nach dem Gebäude, auf welchem die für 1904 geplante Weltausstellung ihren Platz finden soll. Um 11 Uhr wurde die Reise nach Chicago fortgesetzt, wo der Prinz um halb 7 Uhr Abends eintrifft und ihn ein nicht wenig anstrengendes Programm, daß ihm kaum 6 Stunden Nachtruhe läßt, erwartet.

⊙ Im socialdemokratischen Anti-„Brodwucher"-Feldzug

sollen die katholischen Arbeiter absolut Heeresfolge leisten; die socialdemokratische Presse will auf diese angeblichen Hilfstruppen aus dem Centrumslager durchaus nicht verzichten, da es doch ein gar zu schönes Agitationsmittel ist, bei ihrem Brodwuchergeschrei auf die Gefolgschaft „der katholischen Arbeiter" hinzuweisen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sie an ihrer Einbildung mit allen Mitteln festzuhalten sucht und mangels greifbarer Beweise sich auf's Schimpfen verlegt über das „Gethue der Centrumspresse", über „verlogene oder heuchlerische Taktik" ꝛc. Vor Kurzem hatten eine Reihe von Centrumsblättern aus dem „Vorwärts" es als Kuriosum verzeichnet, daß das socialdemokratische Centralorgan schlankweg „die katholischen Arbeiter" als „Feinde des Wuchertarifes" in Anspruch nahm. Nunmehr entrüsten sich andere socialdemokratische Zeitungen, so die „Rhein. Zeitung" in Nr. 46, daß man sich über diese Behauptung lustig mache; letztere redet dabei aber doch schon ein wenig bescheidener wie das Centralorgan von den „katholischen Arbeitern in ihrer großen Mehrzahl", die sich als Gegner der Zollerhöhungen aufmarschiren lassen möchte. Die „Rhein. Zeitung" verlangt dann von der Centrumspresse den Beweis des Gegentheils, scheint also nicht zu empfinden, daß das Beibringen von Beweisen, und zwar von ausreichenden Beweisen, doch wohl zunächst Sache der Socialdemokraten wäre, welche jene Behauptung aufstellen.

Alles, was die „Rhein. Zeitung" an Beweismaterial vorzubringen weiß, ist die Stellungnahme katholischer bezw. christlicher Arbeiter — ob die Mehrzahl, ist mindestens fraglich — in einigen rheinischen Städten, wie Düsseldorf, Duisburg, gegen die Getreidezölle. Im Uebrigen bringt das genannte Blatt statt Beweise nur die neue Behauptung, „daß es fast keine einzige größere Stadt gibt, wo sich die (!?) christlichen Arbeiter nicht gegen die Lebensmittelwertheuerung erklärt haben." Gewiß, der im Auftrag des Handelsvertragsvereins reisende protestantische Pastor Kötzschke hat in zahlreichen Städten Versammlungen gehalten, in denen auch katholische Arbeiter erschienen, in denen hier und da auch wohl irgend ein katholischer Arbeiter als Gegner der Zollerhöhung auftrat und am Schlusse, zuweilen nur durch Ueberrumpelung der thatsächlichen Mehrheit, eine Resolution gegen die Getreidezölle angenommen wurde. Aber sind das vollgültige Beweise dafür, daß die Gesammtheit der katholischen Arbeiter oder auch nur ihre Mehrzahl erklärte Gegner einer mäßigen Zollerhöhung seien, soweit eine solche zum Schutz unserer Landwirthschaft, daher auch im Interesse der wirthschaftlichen Gesammtwohlfahrt des Volkes unentbehrlich ist?

Wir wollen nur ein paar Thatsachen nennen. Der Volksverein für das kath. Deutschland mit seinen mehr als 180 000 Mitgliedern, unter denen ein sehr großer Prozentsatz Arbeiter sind, ist seit mehr als einem Jahr in seinen Flugblättern, Schriften und zahlreichen Versammlungen, auch in den Industriebezirken, für eine mäßige Zollerhöhung eingetreten, ohne irgendwie nennenswerthen Widerspruch zu finden. Das Verbandsorgan der süddeutschen Arbeitervereine, „Der Arbeiter" mit 30 000 Abonnenten, die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" mit 10 000 Abonnenten, haben die Frage in derselben Weise behandelt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Würde das wohl der Fall sein, wenn „die Mehrheit der kath. Arbeiter" den socialdemokratischen Standpunkt theilte?

Wenn die „Rhein. Ztg." ferner behauptet, namentlich die gewerkschaftlich thätigen christlichen Arbeiter seien „durch die Bank entschiedene Gegner der Wucherpolitik des Centrums", wo bleibt der Beweis? Daß der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes gegen die Erhöhung der landwirthschaftlichen Schutzzölle aufgetreten ist, ist eine Thatsache. Aber, daß alle Mitglieder dieses Verbandes die Meinung des Vorsitzenden theilen, ist unerwiesen. Uebrigens zählt der christl. Metallarbeiterverband kaum 4000 Mitglieder, während sämmtlichen christl. Gewerkschaften Deutschlands ca. 165 000 Arbeiter angehören. Wenn nun auch noch manche von diesen persönlich Gegner der Zollerhöhung sein mögen und sich in diesem Sinne außerhalb der Gewerkschaften in politischen Versammlungen ꝛc. geäußert haben, wo bleibt der Beweis, daß die Mehrzahl der christlich organisirten Arbeiter mit ihnen übereinstimme? Durch Beschluß des Ausschusses des Gesammtverbandes der christlichen Gewerkschaften vom 16. November vorigen Jahres ist die Frage der landwirthschaftlichen Schutzzölle, weil nicht unter die besonderen Erwerbs- und Standesinteressen der Industriearbeiter fallend, von der Erörterung innerhalb der christlichen Gewerkschaften ausgeschlossen. Von einer offiziellen Stellungnahme einer Mehrheit oder Minderheit der christlich organisirten Arbeiter für oder gegen die Zollerhöhung kann also heute keine Rede mehr sein. Aber aus der Zeit vor jenem Beschluß sind noch manche Kundgebungen christlicher Gewerkschaftsversammlungen und -Organe für angemessene landwirthschaftliche Schutzzölle erinnerlich, welche mindestens so schwer wiegen als die bekannt gewordenen gegentheiligen Aeußerungen. Wo will also die soc.-dem. Presse den Beweis herholen, daß die Mehrzahl der christl. bezw. kathol. Arbeiter ihren einseitigen Standpunkt in dieser Frage theile?

Da hat allerdings kürzlich der „Vorwärts" (Nr. 45) wieder so etwas wie einen „Beweis" zu entdecken geglaubt, nämlich die Thatsache, daß das Organ des christlichen Tabak- und Cigarrenarbeiterverbandes sich gegen die Mehrbesteuerung des ausländischen Tabaks ausgesprochen hat. In seiner Schadenfreude hierüber hat sich der „Vorwärts" nur etwas zu sehr beeilt; denn er hat übersehen, daß das betreffende christliche Verbandsorgan mit seiner Erklärung keineswegs gegen den obenerwähnten Ausschußbeschluß des Gesammtverbandes verstößt. Der Schlußsatz des Beschlusses lautet nämlich: „Soweit der Zolltarif auch die Erwerbsinteressen einzelner Industriezweige berührt, bleibt es hierbei in Frage kommenden Verbänden überlassen, zu diesen speziellen Sätzen des Tarifs ihre Forderungen aufzustellen."

Die Einigkeit in der vom Gesammtverband der christlichen Gewerkschaften beschlossenen Haltung gegenüber der Zolltarifvorlage ist also durch die Erklärung des Organs der christlichen Tabak- und Cigarrenarbeiter nicht gestört worden. Und was es gar mit der „Einigkeit im Centrum" — unter dieser Spitzmarke berichtete der „Vorwärts" darüber — zu thun hat, wenn ein christliches Gewerkschaftsblatt seine Meinung zu einer einzelnen Tarifposition sagt, das ist uns unerfindlich. Die socialdemokratische Presse ist freilich fortgesetzt auf der anstrengenden Suche nach „Rissen im Centrumsthurm", da ist es kein Wunder, wenn sie ihre Mühe ab und zu einmal belohnt sehen möchte. Mit wahrem Heißhunger stürzten sich daher kürzlich die socialdemokratischen Blätter auch auf die saftige Geschichte von den „Rissen im Centrumsthurm" zu Düsseldorf, welche zuerst vom „Vorwärts" in Nr. 42 aufgetischt wurde. Und worauf läuft die ganze breitspurig erzählte Geschichte hinaus? Eine Anzahl christlicher Arbeiter — daß es die Mehrzahl sei, kann der „Vorwärts" auch hier wieder nicht beweisen, und thatsächlich ist es eine kleine Minderheit — stützt sich auf ein kleineres Organ, welches das am Ort bestehende, ältere Centrumsorgan bekämpft und u. A. mit sattsam bekannten Redensarten gegen die Getreidezölle zu Felde zieht.

Derart sind die „Beweise" der socialdemokratischen Presse, auf Grund deren sie die „Mehrzahl der katholischen Arbeiter" zu ihrer Gefolgschaft in dem Anti-„Brodwucher"-Feldzug stempeln zu können glaubt. Und da besitzt man die Unverfrorenheit von der katholischen Presse Beweise des Gegentheils zu verlangen, wo man selbst keine vollgiltigen Beweise für seine Behauptung aufzuweisen hat! Die „Rhein. Ztg." hat überdies noch die Frechheit, der Centrumspresse „Doppelzüngigkeit" vorzuwerfen, weil sie „den Bauernvereinlern gegenüber das Gegentheil von dem behaupte, was sie den Arbeitern vormachen wolle." Ersteren klage sie, wie schwer es falle, die Arbeiter für die Zollerhöhungen „breitzuschlagen"; vor letzteren behaupte sie, die ausgleichende Gerechtigkeit bestimme die christlichen Arbeiter für eine mäßige Zollerhöhung einzutreten. Nun, die Centrumspresse hat nie geleugnet, daß es für die Arbeiter vom Konsumentenstandpunkt ein Opfer — wenn auch keineswegs in dem socialdemokratischerseits übertriebenen Maße — sei, für den höheren Zollschutz zu Gunsten der Landwirthschaft einzutreten. Damit steht es aber wohl nicht in Widerspruch, wenn die Centrumspresse andererseits — zweifellos mit Recht — die Ueberzeugung ausspricht, daß die große Mehrheit der katholischen Arbeiter einem solchen Opfer mit etwas besser entwickeltem Gerechtigkeitsempfinden und größerem Verständniß für die Bedeutung des Zollschutzes für unser gesammtes Wirthschaftsleben gegenübersteht, als es die Brodwuchertiraden der socialdemokratischen Presse andauernd verrathen.

Baden.

Karlsruhe, 5. März.

▲ Weibliche Fabrikinspektion. Ueber die Erfahrungen, welche mit dem weiblichen Mitgliede der Fabrikinspektion, Fräulein Dr. von Richthofen, gemacht wurden, äußert sich die Großh. Fabrikinspektion u. A. folgendermaßen: Es kann ausgesprochen werden, daß die Genannte die Erwartungen, die man auf Grund ihres glänzend bestandenen Doktorexamens von ihr hegte, auch in der Praxis vollkommen gerechtfertigt hat. Außer den Betrieben mit ausschließlicher Verwendung von Arbeiterinnen ist ihr noch die Ueberwachung der Cigarrenfabriken und die Besorgung der zahlreichen schriftlichen Arbeiten, insbesondere die sich auf die Prüfung der Arbeitsordnungen bezüglichen Korrespondenzen und die sich auf die Neugenehmigung von Cigarrenfabriken beziehenden Arbeiten übertragen worden. Die Gesammtzahl der von Fräulein Dr. von Richthofen vorgenommenen Revisionen betrug 557. Bei allen diesen Arbeiten bewies sie ebensoviel Verständniß wie Bestimmtheit und Takt. Ihre Vorträge waren kurz und den Gegenstand erschöpfend. In der letzten Zeit hat sie auch die männlichen Beamten durch ihr verständiges Eingreifen wesentlich unterstützt. Ihre Art zu reden, habe nach Mittheilung der Arbeiterpresse sogleich die Arbeiterinnen gewonnen. Die Großh. Fabrikinspektion schließt sich diesem Urtheil der genannten Presse vollkommen an.

* * *

🖃 Zur „pfäffischen Volksaussaugung Spaniens". Gegenüber unseren Ausführungen, daß die Zahl der Geistlichen, Mönche und Nonnen in Spanien insgesammt sich auf nicht viel mehr als 50,000 belaufen könne und daß Msgr. P. M. Baumgarten in seiner statistischen Uebersicht über die kirchlichen Verhältnisse Europas thatsächlich (K. Vztg. 5. Februar 1901) die Gesammtsumme auf 50,052 angegeben habe, berief sich der „Vorwärts" (Nr. 24) auf Dr. Junio Bronta, der in Nr. 339 der Wiener „Zeit" erklärt habe, „daß in einer amtlichen Zusammenstellung nicht weniger als die vielumstrittenen 154,000 Kleriker (!) in Spanien gezählt worden seien".

Ergötzlicher Weise ist dieser Herr mit dem Madrider B.-Korrespondenten der „Frkf. Ztg.", auf welchen das socialdemokratische Centralorgan vorher seine Behauptungen über die Zahl der Geistlichen, Mönche und Nonnen in Spanien gestützt hat, eine und die nämliche Person. Das scheint auch der „Vorwärts" begriffen zu haben. Er hüllt sich nämlich in Sachen der „Pfaffenseuche" in Spanien in beredtes Schweigen, seit die katholische Presse auf jene Identität hingewiesen hat. Selbst die längere Erwiderung, zu der die „Frkf. Ztg." ihrem B.-Korrespondenten Mitte Februar wieder ihre Spalten öffnete, und welche von der kritiklosen socialdemokratischen Provinzpresse mit Behagen nachgedruckt wurde, hat den „Vorwärts" zu neuen Aeußerungen bis heute nicht veranlaßt.

Wir begreifen das vollkommen. Denn Herr B. versucht darin mit dem größten Ungeschick, seine Zahlen aufrecht zu erhalten. Er hätte alle Ursache gehabt, mit seiner „amtlichen Zusammenstellung" herauszurücken. Anstatt dessen setzt er seine Zahlen von Neuem vor und beruft sich für dieselben auf den in den weitesten Kreisen unbekannten Correo de Guipuzcoa, der in San Sebastian, wie er glaube (!), unter „geistlicher Censur" erscheine. Dieser Correo ist ein fanatisches Winkelblättchen, das zu der spanischen katholischen Presse etwa eine Stellung einnimmt, wie bei uns das sattsam bekannte Sigl'sche „Vaterland" zur Centrumspresse. Daher hat Herr B. also seine Angaben über die Zahl der Geistlichen, Mönche und Nonnen in Spanien! Selbst der „Vorwärts" wird zugeben, daß der Correo keine „amtliche" Quelle ist; auf einen Widerruf warten wir aber, wie gesagt, bis heute noch vergeblich.

Badischer Landtag.

E. **Karlsruhe**, 1. März.

7. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Erster Vice-Präsident Freiherr Franz von Bodman eröffnete kurz nach 10 Uhr die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Er gab bekannt, daß der Präsident der Kammer, Prinz Karl, noch immer durch Unwohlsein verhindert ist, an den Verhandlungen Theil zu nehmen.

Am Regierungstisch: Justizminister von Dusch und Regierungskommissäre.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Freiherr von Rüdt zeigte die neuen Einläufe an. Darnach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Geheimrath Lewald berichtete Namens der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1902 und 1903, Titel I bis mit VII, XII und XIII der Ausgaben und Titel I der Einnahmen. Die Zweite Kammer hat das Justizbudget Titel I bis VII, Ministerium, Oberlandesgericht, Landgerichte, Staatsanwaltschaft, Amtsgerichte, Notariats- und Grundbuchwesen und Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege, sowie Einnahmen Titel I, Justizverwaltung, unverändert genehmigt. Ihre Kommission stellt den Antrag, sämmtliche Ausgaben- und Einnahmetitel nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer anzunehmen.

Die Budgetkommission hat keinen Anlaß hinsichtlich der einzelnen Titel eine Beanstandung zu erheben. Die Gesammtsumme des reinen ordentlichen Justizaufwandes beläuft sich im Durchschnitt 1902/1903 auf 2,830,813 M., seither 2,285,830 M., somit mehr 544,983 M., während in den beiden letzten Budgetperioden das Ansteigen des reinen Aufwandes gegen früher nur 228,801 M. bezw. 100,702 M. betrug. Der beträchtliche Mehraufwand, den das vorliegende Budget aufweist, ist auf die durch die stetige Zunahme der Geschäfte nothwendig gewordene Vermehrung der Richter und des Unterpersonals, namentlich aber auf die Neuorganisation des Notariats und die Umgestaltung des Grundbuchwesens zurückzuführen. Dem von der Zweiten Kammer kundgegebenen Wunsche, daß die Vermehrung der Richterstellen es ermöglichen werde, die Verwendung von Hilfsrichtern auf das nach den Umständen unerläßliche Maß zu beschränken, kann die Kommission sich nur anschließen. Das Grundbuchwesen anlangend, erachtet es die Kommission für in hohem Grade zweifelhaft, ob die geschaffene Neuorganisation sich auf die Dauer als haltbar erweisen wird. Sie theilt indessen die Ansicht, daß der Zeitpunkt, eine Aenderung der kaum erst in's Leben getretenen und noch nicht einmal in allen Gemeinden durchgeführten Einrichtungen in's Auge zu fassen, noch nicht gekommen sei. Der Regierung müssen wir für die rasche Neuordnung des Grundbuchwesens unsere Anerkennung aussprechen. Dies darf uns aber von einer sachlichen Kritik der Verhältnisse nicht abhalten. Ich bin der Auffassung, daß die neue Organisation des Grundbuchwesens keine gute und dauernde ist. Der Aufwand ist ein ganz bedeutender und Niemand ist mit den derzeitigen Zuständen zufrieden. Die Notare klagen, die Gemeinden klagen und die Rathschreiber klagen. Die hauptsächlichsten Bedenken richten sich gegen die sachlichen Mängel, die dem neuen System anhaften. Das Grundbuchwesen entspricht der Absicht der Reichsgesetzgebung nur in unvollkommenem Maße. Der jetzige Zustand ist allerdings ein Zustand des Ueberganges, da ja die Umschreibungen noch lange nicht beendet sind. Die Regierung möchte ich deßhalb bitten, die Umschreibung beschleunigen zu lassen. Wenn eine Aenderung des jetzigen Systems eintritt, dann muß das Amtsgericht Grundbuchamt werden. Dann kann auch der Fehler, der mit den städtischen Grundbuchämtern gemacht worden ist, beseitigt werden. Von dem Dogma: „Das Grundbuch gehört auf das Rathhaus", muß man sich freimachen. Das Lagerbuch kann bei den Gemeinden bleiben; damit ist den örtlichen Bedürfnissen vollständig genügt. Mit einer Aenderung des jetzt bestehenden Gesetzes muß auch eine Umbildung des Notariates in's Auge gefaßt werden. Zum Schlusse bitte ich das Haus, dem Antrage der Kommission zuzustimmen.

Justizminister v. Dusch: Dem Verlangen, mehr Richterstellen in das Budget einzustellen, hätten wir gerne entsprochen, allein bei der Finanzlage mußten wir uns auf das Nothwendigste beschränken. Die Regierung erkennt es ebenfalls an, daß es wünschenswerth ist, die Thätigkeit der Hilfsrichter auf das mindest nöthige Maß zu beschränken. Auch hält es die Regierung nicht für wünschenswerth, daß Referendäre in Kollegialgerichten verwendet werden. Der Berichterstatter hat sich eingehend mit dem Grundbuchwesen beschäftigt. Ich glaube mich nicht auf Einzelheiten einlassen zu sollen, weil in absehbarer Zeit eine Aenderung der jetzigen Gesetzgebung nicht eintreten wird. Eine Aenderung kann nicht erfolgen, weil die Umschreibung auf den Rathhäusern erfolgen muß. Dies ist einer der Gründe, die mitbestimmend waren, die Organisation so zu treffen, wie sie getroffen worden ist. Daß sich Schwierigkeiten beim Vollzug der Neuorganisation ergeben haben, ist unverkennbar. Es muß zunächst der Versuch gemacht werden, die Gesetzgebung, wie sie jetzt gestaltet ist, durchzuführen. Die Rücksichten auf die Gemeinden und Rathschreiber sind hier mitbestimmend. Die angekündigte Novelle zum Ausführungsgesetz für das Grundbuch soll nur die schlimmsten Mängel des heutigen Zustandes beseitigen. Bezüglich der Grundbuchämter der Städte muß der Versuch gemacht werden, einen Theil der großen Einnahmen dieser Aemter an den Staat zurückzubringen. Einer Aenderung der Organisation des Notariates könnte auch ich zustimmen. Jetzt kann es aber auch nicht Aufgabe der Regierung sein, mit gesetzgeberischen Vorschlägen auf den verschiedenen Gebieten vorzugehen. Die Regierung muß zunächst die Gesetze, die sie als Erbschaft angetreten, durchführen.

Freiherr von Rüdt kam auf die erhebliche Geschäftssteigerung bei den Landgerichten Karlsruhe und Mannheim zu sprechen und hielt es für geboten, daß an diesen beiden Gerichten eine weitere Civilkammer errichtet wird. Die Regierung bitte ich, im nächsten Budget diesen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Dem, was über die Hilfsrichter gesagt wurde, kann ich nur beitreten. Bemerken will ich aber doch, daß die Verwendung von Referendären bei Amtsgerichten und von jungen Amtsrichtern bei Kollegialgerichten eine gute Schule ist. Die Gleichstellung eines Theils der Amtsrichter mit den Landgerichtsräthen ist nur zu begrüßen. Redner ging sodann auf Ausführungen einzelner Redner in der Zweiten Kammer bei Berathung des Justizbudgets ein und bemerkte, daß die von einem Herrn gegen die Staatsanwaltschaft erhobenen Angriffe durchaus unbegründet sind. Ich kann nur bestätigen, daß die Staatsanwaltschaft mit größter Objektivität ihres Amtes waltet. Der gleiche Herr hat auch behauptet, daß die Vorsitzenden der Strafgerichtshöfe am hiesigen Landgericht gegen Angeklagte und Zeugen unhöflich, ja sogar grob seien. Das ist nicht richtig, und ich muß im Namen meiner Kollegen gegen eine solche Behauptnng entschieden protestiren. Dem, was der Berichterstatter über das Grundbuchwesen gesagt hat, kann ich nur beitreten. Weiter muß ich sagen, daß die Rathschreiber nicht alle so gewandt sind, daß sie allgemein das Lob verdienen, das ihnen in dem Bericht des Oberlandesgerichts ausgestellt wird.

Geh. Hofrath Rümmelin: Der Regierung muß ich danken, daß sie die Anforderung für den Hilfsrichter, den Professor der Freiburger Universität, in den ordentlichen Etat eingestellt hat. Weiter möchte ich dafür danken, daß die Zuziehung von Universitätsprofessoren zum ersten juristischen Examen eine dauernde Einrichtung geworden ist. Mit der Art des Examens kann man einverstanden sein, und auch die Summe des Wissens, die bei den Kandidaten vorhanden sind, ist im Allgemeinen eine große, so daß es nicht nothwendig ist, die Leistungsfähigkeit zu steigern. Doch muß der Kandidat im bürgerlichen Recht genau Bescheid wissen. In Preußen ist eine Aenderung des juristischen Studium geplant. Wenn diese Aenderung eintritt, müssen wir unsere Vorlesungen an den badischen Universitäten darnach einrichten. In Preußen sollen exegetische Uebungen des römischen Rechts vorgeschrieben werden. Wenn auch bei uns die römische Exegese durchgeführt würde, würde ich das mit Freuden begrüßen. Wenn jedoch diesbezügliche Vorschriften erlassen werden, dürfen sie nicht zu scharf sein.

Justizminister von Dusch: Ueber die Vorschriften, die in Preußen für das juristische Studium erlassen werden sollen, wissen wir noch nichts Authentisches. Die Regierung hat daher auch noch keinen Anlaß gehabt zu denselben Stellung zu nehmen. Unsere Prüfungsordnung hat sich bewährt. Zu weit gehender Zwang und Kontrole darf bei dem juristischen Studium nicht ausgeübt werden. Zu direkten Maßregeln ist übrigens nach dieser Seite hin zur Zeit ein Anlaß nicht gegeben.

Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters wurde in die Spezialberathung eingetreten.

Geh. Kommerzienrath Diffené kam auf die Verordnung vom 30. November 1899; die Besetzung der Handelsgerichte betr., zu sprechen und war der Ansicht, daß bei der Zunahme der Geschäfte dieser Gerichte die Handelskammern der Verordnung kaum mehr entsprechen könnten. Eine Revision der Verordnung erscheint dringend geboten.

Justizminister von Dusch erklärte, daß die Regierung dieser Angelegenheit näher treten wird.

Sämmtliche Positionen wurden angenommen.

Graf Helmstatt berichtete für die gleiche Kommission über das Budget der großh. Oberrechnungskammer für die Jahre 1902 und 1903 und über die Denkschrift der Oberrechnungskammer die Ergebnisse der Rechnungsabhör in den Jahren 1899/1901 betr.

Der Antrag auf Genehmigung fand ohne Debatte Annahme.

Es erfolgte hierauf die Berathung einiger Berichte der Kommission für Eisenbahnen und Straßen über Petitionen. Es berichteten:

Graf von Andlaw über die Bitte der Gemeinde Gutshausen, Amt Bretten, die Errichtung einer Haltestelle an der Kraichgau-Eisenbahn betr.;

Freiherr Franz von Bodman über die Bitte des Eisenbahnkomites Thengen und umliegender Gemeinden, sowie des Stadtraths von Konstanz, die Erbauung einer normalspurigen Sekundärbahn Thengen-Hilzingen-Singen betreffend;

Graf von Andlaw über die Bitte der Gemeinde Dürrenbüchig, Amt Bretten, die Errichtung einer Haltestelle auf der Eisenbahnstrecke Wössingen-Bretten betr.

Bezüglich jeder der Petitionen ging der Antrag der Kommission auf Ueberweisung zur Kenntnißnahme.

Nach kurzer Debatte, an der sich Freiherr v. Göler, Fürst Löwenstein-Wertheim und Geh. Rath Zittel betheiligten, wurden die Anträge einstimmig angenommen und darnach die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: 15. März.

Personalnachrichten.

Großh. badische Staatseisenbahnen.

Aufgenommen wurden: Die Ingenieurpraktikanten: Otto Ammann von Bruchsal, Eugen Basmer von Wolfach, Franz Mombert von Karlsruhe, Julius May von Wiesloch, Emil Bronner von Karlsruhe, Emil Schachenmeier von Emmendingen und Emil Kärcher von Achern in den Dienst der diesseitigen Verwaltung.

Entlassen: Josef Herberger von Wiesenthal, Amt Bruchsal, zuletzt Maschinenhausarbeiter in Mannheim. Johann Knoll von Spechbach, zuletzt Bahnhofarbeiter in Mannheim.

Schulwesen.

Versetzungen und Ernennungen:

Andreas Albrecht, Hauptlehrer, von Bonndorf nach Schlatt a. Rd. Otto Bächle, Hilfsl., von Gremmelsbach nach Krumbach. Emil Beierle, Hilfsl., von Schonach nach Weiher. Julius Berger als Hilfsl. nach Sandweier. Albert Bieger, Hauptl., von Baltersweil nach Reuthe. Friedrich Birmele, Hilfsl., von Neckargemünd nach Nonnenweier. Albert Blattmann, Hilfsl. in Nordrach, wird Unterl. daselbst. Karl Blatz, Schulk., als Unterl. nach Eschbach. Friedrich Blau als Unterl. nach Waldkirch (Stadt). Maximilian Borocco, Realschulk. und Unterl. in Pforzheim, zur Lehrstellenverwaltung an die Höhere Bürgerschule Ettlingen. Christoph Braun, Hauptl., von Kaltenbach nach Kirchardt. Albert Brehm, Unterl., von der Seminarübungsschule in Meersburg nach Jöngen. Karl Broglie, Schulk., als Hilfsl. nach Ubstadt. Oskar Burger, Realschulk. und Unterl. in Pforzheim, als Hilfsl. an das Seminar Ettlingen. Alfred Danneffel, Unterl., von Wollmatingen nach Niedereschach. Karl Dennler, Unterl. in Waldkirch, als Hilfsl. an die landwirthschaftliche Winterschule in Freiburg. Emilie Ducherer, Schulk., als Unterl. nach Radolfzell. Rudolf Ehrhardt, Hauptl., von Röggenschwiel nach Endingen. Karl Eiermann, Hilfsl. in Bollschweil, wird Schulv. daselbst. Friedrich Frey, Unterl., von Seckenheim nach Pforzheim. Ludwig Gaber, Hilfsl. in Karlsruhe, wird Unterl. daselbst. H. Geierhaas, Unterl. in Emmingen ab Egg, als Hilfsl. nach Neckarhausen. Franz Xaver Grießer, Hauptl., von Friedingen nach Stahringen. Josef Hartwig, Schulk., als Hilfsl. nach Trienz. Albert Heckmann, Hauptlehrer, von Hofen nach Rümmingen. Arthur Heckner, Unterl., von Niedereschach nach Wollmatingen. Richard Henninger, Unterl. in Neckarhäuserhof, wird Hauptl. in Asbach. Wilhelm Herrmann, Hauptl., von Hottingen nach Aufen. Friedrich Jehle, Unterl., von St. Blasien an die Seminarübungsschule Meersburg. Josef Jochim, Schulk., als Hilfsl. nach Zarten. Hugo Kast, Unterl., von Karlsruhe nach Heidelberg. Fridolin Kern, Unterl., von Oestringen nach Unterbiederbach. Karl Köchler, Hauptlehrer, von Hörden nach Neckargemünd. Ernst Körder, Schulk., als Hilfsl. nach Mengen. Leopold Kreis, Unterl., von Unterbiederbach nach Oestringen. Gustav Lipp, Hauptl., von Rittersbach nach Obergimpern. Anton Maier, Unterl., von Jöngen nach St. Blasien. Josef Mehrlein, Schulk., als Hilfsl. nach Kappel. Adolf Meyer, Hilfsl. in Königheim, als Unterl. nach Neudenau. Johann Mosbacher, Hauptl., von Reicholzheim nach Unterwittighausen. Emil Müller als Unterl. nach Emmingen ab Egg. Ernst Mußler, Hilfsl., von Dill-Weißenstein nach Laudenbach. Alfred Oberbauer, Schulk., als Hilfsl. nach Freudenthal. Julius Ochs, Hauptl., von Hettingen nach Schluttenbach. Mauritia v. Pflummern, Unterl., von Radolfzell nach Oberschopfheim. Karl Picard, Unterl., von Neudenau nach Lohrbach. Karl Riekher, Hauptl., von Langensteinbach nach Wertheim. Wilhelm Rothermel, Schulk., als Hilfsl. nach Friesenheim. Karl Rupp, Hilfsl. in Thiergarten, wird Schulv. daselbst. Karl Schäfer, Unterl. in Heidelberg, als Hilfsl. nach Gauangelloch. Franz Schäffer, Schulk., als Hilfsl. nach Jechtingen. Hermann Schunz, Schulv. in Ladenburg, wird Unterl. daselbst. Josef Schüßler, Schulk., als Unterlehrer nach Rheinau. Karl Stöcklin, Schulk., als Hilfsl. nach Dittwar. Johann Stoffler, Hauptl., von Hattenweiler nach Menningen. Arthur Streit, Schulk., als Hilfsl. nach Nordrach. Marie Trilling, Schulk., als Hilfsl. nach Zell a. H. Karl Werr, Schulk., als Hilfsl. nach Heckliugen. Max Wohlfarth, Hilfsl., von Hochhausen nach Mundingen. Hermann Wüst, Hilfsl. in Wies, wird Unterl. daselbst. Pius Zehr, Hilfsl. in Gissigheim, als Unterl. nach Pforzheim.

Kleine badische Chronik.

Grünwinkel, 3. März. In Vertretung des Herrn Obermedizinalrath Dr. Hauser, der dienstlich verhindert war, hielt gestern Nachmittag Herr Dr. med. Battlehner, Bezirks-Assistenzarzt von Karlsruhe, den angekündigten Vortrag über: „Tuberkulose, insbesondere mit Berücksichtigung der Lungentuberkulose, deren Verhütung und Bekämpfung". Ausgehend von einem kurzen Ueberblick über die erschreckende Verbreitung der Lungenschwindsucht, der in eDutschland allein in den letzten Jahren jährlich etwa 123 000 Menschen zum Opfer fallen, während an allen anderen Krankheiten nur 116 000 Menschen sterben, gab der verehrte Redner in sehr populärer Form und mit großer Gewandtheit den mit sichtlichem Interesse den Ausführungen folgenden Anwesenden eine recht interessante Belehrung darüber, was die Tuberkulose ist und woran man die verschiedenen Arten von (Lungen-, Kehlkopf-, Knochen-, Darm-, Gehirn-) Tuberkulose zu erkennen vermöge. Ganz besonders zeigte dann Herr Dr. Battlehner, auf welche Weise die Tuberkelbacillen eindringen können und zwar: durch Einathmen, durch die Nahrung (tuberkulöses Fleisch) und endlich durch das Eindringen solcher Bacillen durch die verletzte Haut. Angeborene Lungenschwindsucht gebe es nicht und es handle sich deßhalb nur darum das Uebertragen der Krankheit zu verhüten, was besonders für jene von Wichtigkeit sei, deren Eltern an Tuberkulose gestorben sind und die deßhalb besonders empfänglich für den Ansteckungsstoff sind. Des weiteren sprach dann der Redner über eine Reihe von Mitteln, sich vor Ansteckung zu bewahren, gab einzelne sehr beachtenswerthe Verhaltungsmaßregeln gegenüber den von der Krankheit Befallenen und machte zum Schlusse darauf aufmerksam, daß auch diese heimtückische Krankheit heilbar sei, wenn rechtzeitig die Hilfe des Arztes in Anspruch genommen werde und wenn die zur Bekämpfung angegebenen Mittel auch gewissenhaft angewendet werden. Auch an dieser Stelle sei dem verehrten Herrn Redner für seine so belehrenden Ausführungen der gebührende Dank ausgesprochen und es kann nur erwünscht sein, daß des öfteren solche Vorträge abgehalten werden, wodurch die Bekämpfung dieser so verheerenden Krankheit ganz gewiß gefördert würde.

Mannheim, 3. März. (Stand der Arbeitslosenbeschäftigung vom 22. Febr.) Gemeldet haben sich bis einschließlich 22. Februar 1641 Arbeitslose, wovon sich 1203 Mann zur Einstellung eigneten. Einzustellen sind noch 104 Mann. Zur Zeit arbeiten 328 Mann. Außerdem sind bei den städt. Betrieben und Unternehmungen etwa 1600 ständige Arbeiter beschäftigt. — An Gemeindeumlage für 4½ Monate aus dem Jahre 1879 wurden der Stadtkasse dieser Tage 6 Mark übersandt.

Ettlingen, 1. März. Letzten Donnerstag erhielt unser Ort Besuch von der Amtsstadt. Herr Oberamtmann Turban sprach sich anläßlich der Ortsbereisung anerkennend über die örtlichen Verhältnisse aus. Dieses Lob und Anerkennung zeigt, daß die „Väter der Gemeinde" auf dem Rathhause zum Wohl der Gemeinde gut arbeiten, und daß die Verwaltung in guten Händen sich befindet, was ja für eine Gemeinde wie auch für den Geldbeutel der Bürger von großer Wichtigkeit ist. Zuversichtlich können deßhalb die Bürger ihre Wünsche und Anliegen den Vätern der Gemeinde vortragen. Ein solcher Wunsch vieler hiesiger Bürger ist sicher die vollkommene Durchführung der Sonntagsruhe am Sonntag Morgen während des Gottesdienstes auch in Bezug auf die Wirthschaften. Wie wir hören, ist der Herr Oberamtmann ganz damit einverstanden, so daß er einen derartigen Beschluß des Gemeindevorstandes befürworten würde. In unserer ganz katholischen Gemeinde dürfte die Durchführung der vollständigen Sonntagsruhe am Morgen nicht schwer fallen. Touristen gibt es ja bei uns nicht viele, da weder eine majestätisch sich erhebende Jungfrau mit ihrem Alpenglühen, noch eine Blümlisalp mit Alpenrosen und Edelweiß dieselben anzieht. Der Gemeindevorstand wird durch diesen Beschluß neben dem Dank vieler Bürger auch auf die Zustimmung der Wirthe rechnen können, denn die Wirthe sind, wie allbekannt, geplagte Leute, da sie den gehorsamen Diener Aller machen sollen. Darf bezw. muß der Wirth am Sonntag Morgen seine Wirthschaft schließen, so kann er sagen: so am Sonntag Morgen bin ich Freiherr, da kann ich über meine Zeit und über mich selbst frei verfügen.

Pforzheim, 1. März. Vor 14 Tagen starb hier im Alter von 86 Jahren Frau Grieshaber von Haslach; nicht weniger als 40 Jahre brachte sie in der hiesigen Heil- und Pflegeanstalt zu. Das Schicksal dieser Frau resp ihrer ganzen Familie ist so ungemein tragisch, daß es verdient, in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes war der Haslacher Radenwirth Grieshaber, wie so viele Bürger und Beamte, genöthigt, zu flüchten. Auch er war verurtheilt, für den dem Staate erwachsenen Schaden von 3 Millionen Gulden aufzukommen. Außerdem schuldete Grieshaber noch 246 Gulden, die er für Anlagen im Dienste des General-Kommandos, für Reisekostenersatz (7 Gulden), Diäten (9 Tage à 3 Gulden) als Mitglied der konstituirenden Versammlung erhielt. Der Großh. Fiskus hatte vollauf zu thun, den freischärlerischen Bürgern, welche ihr Brod im Exil essen mußten, ihre hinterlassenen Vermögensobjekte abzunehmen. Zu den anberaumten Terminen erschien Keiner, sonst würden die Meisten neben dem Verlust ihres Vermögens ein Freiquartier in den Kasematten erhalten haben zur Vorbereitung für den Gang vor die Mordgewehre. Die sentimental veranlagte Frau wurde das indirekte Opfer der Revolution. Der Kummer und die Sorge um den in Frankreich sich aufhaltenden Gemahl, die Sorge um die Kinder wirkten auf den Geist der armen Frau zu furchtbar, sie wurde geistesgestört, und zwar ohne Hoffnung auf Genesung. Vierzig Jahre bewohnte sie die Irrenanstalt Pforzheim, vierzig Jahre lang brachten die Kinder die Mittel auf zur Verpflegung der Mutter. Ein schöner Beweis kindlicher Liebe, der wohl seinesgleichen sucht. Die Kinder fanden eine gute Existenz in Frankreich, so daß sie einem gesicherten Alter entgegensehen können. Grieshaber starb vor einigen Jahren.

□ **Rastatt**, 3. März. In der Angelegenheit der angeregten Bahnlinie Rastatt-Lichtenau-Kehl-Offenburg soll noch in diesem Landtage eine Petition eingereicht werden.

+ **Offenburg**, 2. März. Am 18. März findet, lt. „Ort. Bote", die Neuwahl des ersten Bürgermeisters der Stadt Offenburg statt.

St. Georgen i. Schw., 1. März. In der am letzten Donnerstag stattgefundenen Bürgerausschußsitzung wurde die Aufhebung des Schulgeldes einstimmig beschlossen. Der um die protestantische Kirche gelegene Gemeindefriedhof soll durch Ankauf eines Geländes vergrößert werden. Da die Filialgemeinden Oberkirnach, Brigach und Langenschiltach mitzahlungspflichtig sind, konnte noch kein bestimmter Beschluß gefaßt werden. Mit dem Schulhausneubau soll nun endlich einmal Ernst gemacht werden. — Die Kleinkinderschule, die am 10. Dezember v. J. wegen Diphteriegefahr geschlossen und am 28. Januar wieder eröffnet wurde, ist heute aus dem gleichen Grunde vom Großh. Bezirksamt auf Antrag des Bezirksarztes abermals geschlossen worden. Die Diphteriefälle sind in der letzten Zeit nur mehr vereinzelt vorgekommen, d'rum will man obige Maßregel hier nicht recht verstehen.

Aus dem Gerichtssaal.

E. Sitzung der Strafkammer II vom 1. März. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Weigel. Vertreter der Gr. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Schlimm.

1. Heute gelangte schon wieder eine Anklage wegen Vergehens und Uebertretung des Krankenversicherungsgesetzes vor der Strafkammer II zur Verhandlung. Diese Anklage richtete sich gegen den in Pforzheim wohnhaften Bijouteriefabrikanten Albert Philipp Schuler aus Eutingen. Dieser Angeschuldigte hatte in der Zeit vom 19. April bis Ende November v. Js. Geldbeträge, die er verschiedenen seiner Arbeiter für die Krankenkasse abgezogen, der Ortskrankenkasse Pforzheim vorenthalten. Auch unterließ der Angeklagte die vorgeschriebene Abmeldung bei ihm beschäftigter Arbeiterinnen bei der Krankenkasse. Schuler hat nun diese Verstöße gegen das Krankenversicherungsgesetz mit einer Geldstrafe von 20 Mark zu büßen.

2. Der Urkundenfälschung, des Betrugs und Betrugsversuchs hatte sich der Mechaniker Friedrich Erlenwein aus Mönsheim schuldig gemacht. Er erschwindelte sich mit zwei auf den Namen der Freifrau von Pfuhl-Rieppur in Obermönsheim gefälschten Bestellscheinen bei der Firma F. A. Madlener in Pforzheim verschiedene Waaren im Werthe von etwa 18 Mark. Ferner hatte Erlenwein, ebenfalls mittelst eines gefälschten Bestellscheins in dem Geschäfte des Edmund Armbruster in Pforzheim zwei Ueberzieher zu erschwindeln versucht. Der Angestellte des Armbruster'schen Geschäftes traute jedoch der Sache nicht und gab die verlangten Kleidungsstücke nicht her. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten auf 7 Wochen Gefängniß, abzüglich 3 Wochen Untersuchungshaft.

3. Von der Anklage wegen Kuppelei wurde der Wirth und Bäcker Karl August Doll aus Bretten freigesprochen.

4. Der Taglöhner Karl Mahl II. aus Wiesenthal, der am 1. Oktober vor dem Amtsgericht Philippsburg den in einer Forderungsklage ihm zugeschobenen Eid aus Fahrlässigkeit verletzt hatte, erhielt wegen Falscheids 1 Woche Gefängniß.

5. Auf die Berufung des Goldarbeiters Julius Jost aus Brötzingen, der vom Schöffengericht Pforzheim wegen Körperverletzung mit 4 Monaten Gefängniß bestraft worden war, wurde die Strafe auf 2 Monate ermäßigt.

Die übrigen noch zur Verhandlung stehenden Fälle waren ebenfalls Berufungen. Der Gerichtshof verwarf dieselben, indem er folgende vom Untergericht erlassenen Urtheile bestätigte: Kaufmann Karl Uhrmann aus Pforzheim wegen Hausfriedensbruchs 2 Wochen Gefängniß; Händlerin Dorothea Schweinle in Pforzheim wegen Beleidigung 40 Mark Geldstrafe; Goldschmied Karl Friedrich Maier aus Ispringen wegen Körperverletzung 11 Wochen Gefängniß. In der Berufungssache gegen Mina Funk geb. Heinkel in Pforzheim wurde das freisprechende Erkenntniß des Schöffengerichts Pforzheim bestätigt.

Vermischte Nachrichten.

**Hamburg, 4. März. Der Dampfer „Harlfell" ist unweit Peterhead in Folge Nebels gestrandet und vollständig wrack geworden. Der Kapitän und 3 Mann ertranken.

** Dortmund, 4. März. Drei Beamte und ein Rottenarbeiter wurden gestern in kurzen Zwischenräumen von rangirenden Zügen überfahren und getödtet. (B. Pr.)

** Leipzig, 28. Febr. Die heute stattgehabte Gläubigerversammlung der Leipziger Bank erklärte sich damit einverstanden, daß die Deutsche Bank das Gebäude mit 2 080 000 Mark erwirbt. Die Versammlung stimmte ferner zu, daß die Mitglieder des Aufsichtsrathes sich verpflichten, eine Abfindung von 5 Millionen zu zahlen, nachdem sie außerdem das Konsortialkonto bei der Leipziger Bank mit 2 300 000 Mark gedeckt haben.

** Manchester, 27. Febr. In der Nähe von Manchester spielte sich heute Morgen eine höchst erregte Szene ab. Ein Rechtsanwalt Namens Dyson war, während er noch schlief, im Bette von seinem früheren Diener erschossen worden. Der Mörder, ein Mann von 70 Jahren, verließ dann kaltblütig das Haus und versuchte die Eisenbahnstation zu erreichen. Er hielt in jeder Hand einen Revolver und feuerte 12 Schüsse auf seine Verfolger ab, aber ohne weiteren Schaden anzurichten. Da die Polizisten sahen, daß sie nicht an den Mörder herankommen konnten, verschafften sie sich Gewehre und drohten den Mörder niederzuschießen, falls er nicht die Revolver wegwerfe. Da aber der Mörder mit Schüssen antwortete, so streckte ihn ein Polizeiwachtmeister durch einen wohlgezielten Schuß nieder. Ehe man den Schwerverwundeten entwaffnen konnte, zerschmetterte sich dieser durch einen Revolverschuß selbst den Schädel. Der ermordete Rechtsanwalt hatte dem alten Diener gekündigt, weil dieser den Gärtner des Hauses angefallen hatte. Der Ermordete war ein verhältnißmäßig junger Mann, der im Begriff stand, sich zu verheirathen. Bei dem Mörder fand man drei Revolver und 68 Patronen vor.

** Newyork, 1. März. Nach den letzten Nachrichten aus Telluride (Colorado) beträgt die Zahl der bei dem Lawinensturz ums Leben gekommenen Personen 14; eine Anzahl Personen wurden verletzt, 20 werden vermißt.

** Newyork, 4. März. Am oberen Hudson und Mohawk herrscht Hochwasser. Auf der Newyork-Centralbahn ist der Verkehr in dieser Gegend eingestellt. Mehrere Züge, darunter auch der bekannte Empire State Expreß mußten mitten im Wasser stehen bleiben, weil das Feuer in den Lokomotiven von den eindringenden Fluthen ausgelöscht wurde. Die Passagiere mußten in Booten fortgeschafft werden. In Pittsburg fällt das Wasser, ebenso in Paterson und andern Orten.

Die richtige Ernährung der Kinder

lohnt sich später tausendfach! Jede Mutter sollte ihren Kindern zum Frühstück nur Kathreiners Malzkaffee mit Milch geben. Das wird von den Aerzten empfohlen. Die Kleinen gedeihen dabei zusehends, was schon tausendfach erprobt ist.

Kufeke's
BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl

Bekanntmachung.

Nr. 2068. Das Ersatzgeschäft für **1902** betreffend.

Das diesjährige Ersatzgeschäft für die gestellungspflichtigen Militärpflichtigen der **Stadt Karlsruhe** findet in der Zeit **vom 15. März bis einschließlich 11. April d. J. und ausschließlich der Charwoche, vormittags 8 Uhr beginnend, im Gasthaus zum weißen Löwen — Kaiserstraße 21 hier** — statt.

Es werden gemustert:

1. am **Samstag den 15. März d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe**, welche **älteren Jahrgängen angehören** (vom Jahrgang 1879 an rückwärts), **über welche jedoch eine endgiltige Entscheidung noch nicht erfolgt ist.**
2. am **Montag den 17. März d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1880** vom Buchstaben **A—G;**
3. am **Dienstag den 18. März d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1880** vom Buchstaben **H—O;**
4. am **Donnerstag den 20. März d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1880** vom Buchstaben **P—W;**
5. am **Freitag den 21. März d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1880** vom Buchstaben **X—Z** und vom Jahrgang **1881** vom Buchstaben **A—E;**
6. am **Samstag den 22. März d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1881** vom Buchstaben **F—J;**
7. am **Dienstag den 1. April d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1881** vom Buchstaben **K—R;**
8. am **Mittwoch den 2. April d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1881** vom Buchstaben **S—Z** und vom Jahrgang **1882** vom Buchstaben **A;**
9. am **Donnerstag den 3. April d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1882** vom Buchstaben **B—E;**
10. am **Freitag den 4. April d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1882** vom Buchstaben **F—H;**
11. am **Samstag den 5. April d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1882** vom Buchstaben **J—L;**
12. am **Montag den 7. April d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1882** vom Buchstaben **M—R;**
13. am **Dienstag den 8. April d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1882** vom Buchstaben **S;**
14. am **Mittwoch den 9. April d. J.** die Militärpflichtigen der Stadt **Karlsruhe** des Jahrganges **1882** vom Buchstaben **T—Z.**

Am **Donnerstag den 10. April d. J., vormittags 8¼ Uhr,** findet die **Losung** der Militärpflichtigen des **laufenden Jahrganges** sowie der Militärpflichtigen früherer Jahrgänge, welche noch nachzulosen haben, statt, wobei das persönliche Erscheinen den Militärpflichtigen mit dem Anfügen anheim gestellt wird, daß für die Nichterscheinenden durch ein Mitglied der verstärkten Ersatzkommission gelost werden wird.

Am **Freitag den 11. April d. J., vormittags 8 Uhr, findet die Prüfung der Reklamationen statt.**

Bei der Musterung hat jeder Militärpflichtige **eine halbe Stunde vor Beginn** derselben zu erscheinen, sofern er nicht von dem Civilvorsitzenden der Ersatzkommission von der Gestellung hierzu entbunden ist.

Es wird noch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Nichtanmeldung zur Stammrolle nicht von der Gestellungspflicht entbindet und **jeder Militärpflichtige,** welcher **zur Zeit** des **Ersatzgeschäfts dahier** seinen **dauernden Aufenthalt** oder **Wohnsitz** hat, zur **Gestellung verpflichtet ist,** wenn ihm auch **eine besondere Ladung hiezu nicht** eröffnet werden sollte.

Wer durch Krankheit am Erscheinen bei dem Ersatzgeschäft verhindert ist, hat ein ärztliches Zeugniß vorzulegen, welches durch die Ortspolizeibehörde zu beglaubigen ist, falls dasselbe nicht vom Bezirksarzt ausgestellt ist.

Militärpflichtige, welche bei dem Ersatzgeschäfte gar nicht oder nicht pünktlich erscheinen, werden mit Geld bis zu 30 Mk. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft; auch können sie durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmaßregeln zur sofortigen Gestellung angehalten werden.

Wer sich der Gestellung böswillig oder wiederholt entzieht, wird als unsicherer Heerespflichtiger behandelt und sofort eingestellt, in welchem Falle die Dienstzeit erst vom nächsten Rekruteneinstellungstermin an zählt, auch kann derselbe etwaiger ihm zustehenden gesetzlichen Ansprüche auf Zurückstellung oder Befreiung von der Aushebung für verlustig erklärt werden. Ist eine böswillige Absicht nicht nachweisbar, die Nichtgestellung vielmehr auf andere Umstände zurückzuführen, welche als Entschuldigungsgründe jedoch nicht anzusehen sind, so können dem Pflichtigen neben Bestrafung die Vortheile der Loosung entzogen und derselbe als vorweg Einzustellender behandelt werden.

Gesuche um Zurückstellung oder Befreiung von der Aushebung sind spätestens im Musterungstermin einzureichen. Nach demselben vorgelegte derartige Gesuche finden nur dann Berücksichtigung, wenn die Gründe, welche zu Reklamationen Veranlassung geben, erst nach diesem Termin entstanden sind.

Hierbei werden die Militärpflichtigen, welche an einem Gebrechen zu leiden behaupten, noch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich empfiehlt, **längstens bis zur Musterung** ein **Zeugnis** eines **Spezialarztes** oder des **behandelnden Arztes** hierüber beizubringen.

Derartige Zeugnisse müssen von der Ortspolizeibehörde beglaubigt sein, falls der ausstellende Arzt nicht Bezirksarzt ist.

Die Pflichtigen der älteren Jahrgänge haben ihre Losungsscheine mitzubringen.

Es wird zum Schlusse noch darauf hingewiesen, daß die im Musterungstermin erfolgende Meldung zum freiwilligen Eintritt und die damit verbundene Verzichtleistung auf die Vortheile der Losung **kein besonderes Recht** auf die Auswahl der Waffengattung oder des Truppentheils gewährt, sondern daß diese Auswahl nur denjenigen jungen Leuten freigegeben ist, welche sich rechtzeitig (vor der Musterung) mit Meldeschein versehen haben.

Karlsruhe, den 26. Februar 1902.

Der Stadtrat.
Kraemer.

Zimmermann.

Heinrich Cramer Nachfolger,
Inh. **Julius Strauss,**
Kaiserstrasse 189,
— Abgabe von Gegenmarken, —

empfiehlt in größter Auswahl:
Wäsche,
Weißwaaren
und
Ausstattungsartikel,
sowie **Gardinen** zu billigsten Preisen.

Gardinen

— Abgepasste Gardinen — Rouleaux — Stores —
Spachtelgardinen — Rouleauxstoffe.

Portièren

— Möbelstoffe — Läuferstoffe — Wachstuche.

Linoleum. Teppiche.

Billigste Preise. — Streng reelle Bedienung.

M. Schneider.

Welche Vortheile bietet die fachmännisch geführte
Pianofortehandlung von **H. Maurer, Karlsruhe,** Friedrichsplatz 5,
als eine **Bezugsquelle I. Rangs** bei Ankauf eines so eminenten Vertrauensartikels wie des

Flügels, Pianinos oder Harmoniums?

Sie bietet eine Auswahl der gediegensten Fabrikate zu Preisen, wie sie **billiger nirgends,** insbesondere nicht von den besseren und leistungsfähigen Fabriken dem Einzelkäufer gestellt werden.

Die Zuverlässigkeit in Bezug auf Preise sowohl wie Garantie und geschäftliche Coulanz ist eine unbedingte.

Sie gewährt weitgehendste Zahlungserleichterungen, nimmt ältere Instrumente zu reellen Preisen in Tausch und hält sich in allen Angelegenheiten dieser Branche bestens empfohlen.

Karlsruher Colosseum.

Täglich Theater Variété.

Anfang 8 Uhr. **Kassen-Eröffnung 7 Uhr.**

Jeden Sonn- und Feiertag 2 Vorstellungen.
Anfang 4 und 8 Uhr. — Alle 14 Tage neues Programm.

Zu den **bevorstehenden Festlichkeiten** empfehlen sich die unterzeichneten

Handelsgärtner

zur Ausschmückung der Häuser, Fenster (bezw. Schaufenster), Balkone etc sowie zur Lieferung von

Palmen, Blatt- und blühenden Pflanzen, Guirlanden u. s. w.

unter Zusicherung reeller Bedingung und geschmackvoller, preiswürdiger Ausführung

Wilh. Brehm, Viktoriastraße 5.
Friedr. Brehm, Putlitzstraße.
Chr. Hamm, Fröbelstraße.
Gust. Hummel, Kaiser-Allee.
Gottl. Umhauer, Kaiser-Allee.
J. Widmann, Kaiser-Allee 9.
Gebr. Kölsch, Wilhelmstraße 60.
Otto Steinbach, Karl-Wilhelmstraße 7.
J. Mark, Karl-Wilhelmstraße 52.
Eugen Gärtner, Kurvenstraße 17.
Herm. Müller, Kaiserstraße 174.
Joseph Müller, Augartenstraße 18.
Alex. Ziegler, Kaiser-Allee.
Ed. Bayer, Rüppurr.
Gust. Schmidt, Mühlburg.
Joh. Steeger, Mühlburg.
Wilh. Glassner, Mühlburg.
Joh. Wengert, Etlingen.
Wilh. Teuscher, Eggenstein.
Carl Köhler, Eggenstein.
Albert Klenert, Durlach.
Philipp Meier, Durlach.
Friedr. Wendling, Durlach.

Bestellungen wollen baldigst aufgegeben werden.

M. Friederich & Cie.,
Juweliere
Karlsruhe, Kaiserstrasse 92, — **Bruchsal,** Kaiserstrasse 32,
empfehlen reichhaltige Auswahl in
Communicanten- und Oster-Geschenken.
Streng reelle Bedienung **Billigste Preise.**

Frühjahrs-Saison-Neuheiten

in

Paletots, Jaquettes, Capes, Staubmänteln, Gummimänteln, Spitzenkragen, Sammtkragen, Blousen, Morgenröcken, Costümen, Costümröcken, Unterröcken, Matinées, Kinderkragen, Kinderjäckchen etc.

sind in großer Auswahl eingetroffen.

E. Neu, Damen-Mäntel-Fabrik,
Kaiserstrasse 74, am Marktplatz.

Photographische Apparate
und alles Zubehör in reichster Auswahl.
Alb. Glock & Cie.,
Gegr. 1861. **KARLSRUHE.** Telefon 51.
Eigene Telefonstelle zur Annahme von Aufträgen Kaiserstrasse 124b.

Abonnements-Einladung.
28. Jahrgang.
Oktober 1901 bis Oktober 1902.

Gediegener u. reichhaltiger Inhalt, bestehend aus Original-Romanen, anziehenden Novellen von namhaften Schriftstellern, Artikeln belehrender und unterhaltender Art aus den Gebieten der Geschichte, der Länder- und Völkerkunde, Naturlehre, der Litteratur und Kunstgeschichte, 2c.

Reichhaltiger Illustrationsschmuck.
Elegante Ausstattung.
Wochen-Ausgabe: Pro Quartal 1 M. 80 Pf.
Heft-Ausgabe: Jährlich 18 Hefte à 40 Pf.

Jedes Postamt und jede Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen

Regensburg. **Friedrich Pustet.**

Heft 7 soeben erschienen.

Zu beziehen durch die Litterarische Anstalt in **Freiburg i. Br.** und deren **Agentur in Karlsruhe,** Herrenstraße 34.

Für die heilige Fastenzeit.

Im Verlage der Unterzeichneten ist vorräthig:

Eine Kreuzweg-Andacht.

Dieselbe, von einem badischen Seelsorgsgeistlichen verfaßt, eignet sich für alle jene Kirchen, in denen Kreuzwege errichtet und diese Andacht öffentlich und gemeinsam verrichtet wird. Die Gebete sind in die Form der Betrachtung gekleidet und so kurz, daß alle vierzehn Stationen in einer Andacht vollendet werden können. Der Preis stellt sich pro Einzelnes auf **10 Pfg.,** pro Dutzend **80 Pfg.,** pro Hundert **6 Mark 50 Pfg.**

Karlsruhe. **Buchdruckerei „Badenia".**

Beicht- und Kommunion-Zettel

mit **Ortsnamen** und **Jahreszahl** auf **blauem** Papier Mk. **2.50,**
" " " " " **weißem** " " **2.50,**
" " ohne " " " " " **1.80,**
ohne " und " " " " " **1.20,**
pro 1000 Stück liefert schnellstens
Die Buchdruckerei der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe.

Pfänder-Versteigerung.

Vom 3. bis 7. März ds. Js., jeweils nachmittags 2 Uhr anfangend, werden die über 6 Monate verfallenen Fahrnißpfänder bis zu **Lit. C. Nr. 4000** in unserem Versteigerungslokal (im Rathaus) öffentlich und gegen Baarzahlung wie folgt versteigert:
Donnerstag: Betten, Schuhe, Stiefel.
Freitag: Ellenwaaren, Kleider, Uhren.

Karlsruhe, den 25. Februar 1902.

Städtische Spar- und Pfandleihkasse-Verwaltung.

Photo-
graphische Apparate u. Bedarfsartikel. Beste und billigste Bezugsquelle
F. A. Huber,
Special-Geschäft für Amateur-Photographie,
Karlsruhe, Kaiserstrasse 143.

Geldlotterie
für d. bad. Invaliden
II. Ziehung sicher 21. u. 22. März 1902.
2288 Geldgew. v. M. 42000
Hauptreffer 20000 Mk. baar
Loose à 1 Mk. } Porto und Liste
11 „ à 10 „ } 25 Pf. extra.
empfiehlt **J. Stürmer,** Generalagent,
Strassburg i. E. und alle Verkaufsstellen.

Tischweine im Faß:
Weißweine von 40 Pf., **Rothweine** von 50 Pf. per Liter bis zu den feinsten Qualitäten,
sowie in- u. **ausländische Flaschenweine, Schaumweine** und **feine Liqueure** in allen Preislagen
empfiehlt
Julius Hoeck,
Kriegstraße 6 u. Waldstraße 41,
Ecke Kaiserstraße.
Telephon 74.
Man verlange Proben und Preisliste.

Heirath.

Suche für m. Freund, kath., tüchtiger Geschäftsmann, durchaus soliden Charakt., in einer größeren benachbarten Stadt der Rheinpfalz, mit 15000 Mk. Vermögen, Ausgangs 30, passende Parthie mit Vermögen. Gefl. Offerten m. näherer Angabe d. Verhältnisse, mögl. mit Photographie, unter **Nr. 124** zur Weiterbeförderung an die Expedition dieses Blattes erbeten. Strengste Verschwiegenheit zugesichert. Nichtpassendes sofort zurück. Anonymes zwecklos.

Kathol. Lehrlings-Patronat Karlsruhe.

Folgende Meister suchen Lehrlinge: Bäcker, Blechner und Installateure, Buchbinder, Dreher, Friseure, Gärtner, Kaufleute, Küfer, Maler, Messerschmiede, Sattler u. Tapeziere, Schmiede, Schneider, Schreiner, Schriftsetzer, Schuhmacher, Uhrmacher, Wagner.

Folgende Lehrlinge suchen Meister: Gärtner, Schreiber.

Näheres bei: Herrn Kaplan **Sauer,** Marienstraße Nr. 80; Schreiner **Bischoff,** Viktoriastraße 9; Kaufmann **Burkart,** Werderstraße 61; Kleidermacher **Biller,** Erbprinzenstraße 26; Schuhmacher **Fellig,** Waldstr. 11; Tapezier **Fiedler,** Amalienstraße 8; Graveur **Klink,** Herrenstraße 56; Schlosser **Joos,** Luisenstraße 39; Instrumentenmacher **Sattler,** Kaiserstr. 26.

Verantwortlich:
Für den politischen Theil:
Josef Theodor Meyer.
Für Kleine badische Chronik, Lokales, Vermischte Nachrichten und Gerichtssaal
Hermann Baßler.
Für Feuilleton, Theater, Concerte **Kunst** und Wissenschaft:
Heinrich Vogel.
Für Handel und Verkehr, Haus- und Landwirthschaft, Inserate und **Reklamen**
Heinrich Vogel.
Sämmtliche in Karlsruhe.
Rotations-Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe
Adlerstraße 42.
Heinrich Vogel, Direktor.